



Das Ende der verordneten Friedenspflicht (28. Januar). Am Tag darauf standen 16 000 Metalller im Warnstreik. Am Freitag (30. Januar) schlossen sich 50 000 Metalller der Streikfront an. Bayern, darunter BMW Dingolfing; Baden-Württemberg, darunter Bosch, Audi, DaimlerChrysler: 32 000 Metalller; Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Saarland: 10 000 Metalller aus 27 Betrieben; Niedersachsen: 5 300 aus 23 Betrieben; und weitere Metalller aus anderen Gebieten ... Die 3 000 Kollegen von Hagen machten schon durch ihren ganztägigen Streik am ersten Tag nach der Friedenspflicht klar, daß die Streiktaktik der Nadelstiche nicht

nur veraltet ist, sondern in die Motenkisten der 60er Jahre gehört. Kein Metallarbeiter täuscht sich darüber, daß die Kapitalisten der Metall- und Elektroindustrie aufs Ganze gehen. Es geht Gesamtmetall nicht nur darum, ob sie unseren Lohn um 3 Euro und 60 Cent pro Tag (was die Forderung der IG Metall ist) erhöhen müssen oder um 80 Cent pro Tag – was sie wollen. Ob wir zu Essen haben, oder ob wir unsere Kinder kleiden und ihnen eine gute Ausbildung bezahlen können, daß hat die Kapitalisten – seitdem sie der Gesellschaft vorstehen – noch nie geschert. Das ist auch in dieser Tarifrunde nicht anders. In jeder Tarifrunde ging es bis jetzt um unser Hemd. Aber dies zu bekommen genügt den Metall-Kapitalisten diesmal nicht. Es geht in dieser Tarifrunde Gesamtmetall ebenso darum, die IG Metall als zahnlosen Tiger vorzuführen und uns die Organisation als Waffe zu rauben, so daß wir wirklich für längere Zeit zu Bo-

den gehen. Die Warnstreiks der zweiten Woche (der Zeitpunkt in der ihr diese Flugschrift in Händen haltet) werden uns alle überzeugen, daß es nicht damit getan sein wird, daß wir unsere Kampfkraft, unseren Willen diese Schlacht als Sieger zu beenden nur dadurch zeigen, daß weitere 100 000 von uns im Warnstreik stehen. Die Warnstreiks sind der Anfang und nicht das Ende unserer Entschlossenheit und sind zugleich eine deutliche Warnung, daß keiner, aber auch wirklich keiner in der IG Metall-Führung und in den Tarifkommissionen ein Mandat dafür besitzt, hinter unserem Rücken mit Gesamtmetall zu mauscheln. Millionen Metalller sind keine Bettler. Unseren Stolz und unseren Mut werden wir nicht verkaufen. Wir bitten nicht, sondern wir kämpfen. Ohne **sofortige Urabstimmung**, deren Ergebnis jetzt schon feststeht, nämlich – **Streik**, wird und darf es diesmal nicht abgehen.

DIE LAGE IST ERNST

TATSACHE EINS

80 Cent pro Tag (brutto) = 1,07 Prozent (1,2% für dieses Jahr, 1,2% 2005, Laufzeit 27 Monate), das soll es gewesen sein an Lohnerhöhung, geht es nach den zusammengerotteten Kapitalisten in Gesamtmetall.

Die IG Metall fordert 4 Prozent, das sind 3 Euro und 60 Cent (brutto) pro Tag. Damit – mit 3 Euro und 60 Cent mehr Lohn pro Tag – können wir weder die Zuzahlung der ärztlich verschriebenen Medikamente von 5 Euro pro kleiner Schachtel, geschweige denn die 10 Euro je großer Medikamentenschachtel bezahlen. Ganz zu schweigen von den 10 Euro pro Quartal als Eintrittsgeld beim Arzt, die wir ab dem 1. Januar auf den Tresen legen müssen und dies nur dafür, daß er uns wenigstens anschaut, wenn uns die Plackerei in den Fabriken krank gemacht hat. Nicht einmal eines der krankmachenden »Gesundheitsgesetze«, die am 1. Januar in Kraft getreten sind, sind mit 4 Prozent auszugleichen. 30 Milliarden Euro raubten die Fabrik- und Bankbesitzer, unter ihnen die Milliardäre der Auto- und Elektroindustrie, wie VW, BMW, DaimlerChrysler, Siemens und Konsorten, indem

sie die Schröder-Regierung vor sich hertrieben, aus den Sozialkassen der Arbeiter und des Volkes. Das ist der ökonomische Preis der Hartz-Gesetze, der ökonomische Preis des Raubs der Renten- und Gesundheitskassen. Für jeden einzelnen von uns, für jeden einzelnen Lohnarbeiter in Deutschland heißt dies: ein

Reallohnverlust von 13%.

Und was geben wir den Me-

tall-»Unternehmern«? Wir geben ihnen nicht nur die besten Jahre unseres Lebens. Wir opfern nicht nur unsere Gesundheit. Fast 71 Prozent von uns schlichen krank in die Arbeit. So teilt die AOK mit: Daß unter den 10,9 Millionen bei ihr versicherten Erwerbstätigen der Krankenstand um 0,1 Punkte auf 5,2 Prozent sank. Damit war jedes Mitglied im Durchschnitt 19 Kalendertage krankgeschrieben. Jeder 5. nahm zur Genesung sogar Urlaub. Sie saugen uns nicht nur das Leben aus, lassen uns und unsere Familien am langen Arm verhungern. Wir Metallarbeiter sind

es, die jede Maschine, jeden Stein der Fabrikgebäude, jedes fertige Produkt, ob Auto oder ein anderes technisches Gerät, mit unserer Arbeit geschaffen haben. Nicht einmal

5 Minuten pro Stunde bezahlt der Metall-Kapitalist eine Vergütung der Arbeit, die wir ihm überlassen. Pro Stunde behält der Unternehmer alles, was unsere Arbeit an neuem Wert geschaffen, für sich. Gerade

**WIR ARBEITEN
UM ZU LEBEN
DEN KAPITALISTISCHEN
GOLDESEL
GEBEN WIR NICHT AB**



KAPITALIST
für sein persönliches Wohlbefinden

- Vorstandsbezüge in 2002 in Euro:
- DaimlerChrysler 50,8 Millionen = 131,6% Erhöhung
 - Siemens 22,0 Millionen = 89,9% Erhöhung
 - VW 16,5 Millionen
 - BMW 11,9 Millionen
 - MAN 4,5 Millionen
 - Eon 10,5 Millionen

ARBEITER

- 2,50 Euro Lohn in den brasilianischen DaimlerChrysler-Werken
- Den Hunger seiner Kinder in Lateinamerika, Afrika, Asien
- Die Hartz-Gesetze I-IV
- 5 Minuten Arbeit pro Stunde für den Arbeiter, 55 für den Kapitalisten
- Die Rente gekürzt, das Gesundheitswesen ruiniert, die Kriegswaffenproduktion aber auf Hochtouren.

noch 35 Minuten an einem 7-Stunden-Tag arbeiten wir für uns. 6 Stunden und 25 Minuten für den Kapitalisten. Was verlangen wir also in dieser Tarifrunde? Daß die Metall-Kapitalisten ein paar Sekunden der Arbeit, die sie vereinnahmen, an uns zurückgeben. Denn die 4-Prozent-Forderung der IG Metall bedeutet dem Kapitalisten nicht mehr, als daß er wenige Sekunden (14,3 Sekunden pro Stunde) unserer Arbeit uns mehr überlassen muß als zur Stunde. Der Ausbeuter bleibt er. Die Metall-Monopolisten – sie bleiben Weltmeister im Export. Denn der Grad unserer Ausbeutung ist in solch schwindelnder Höhe gestiegen für die Unternehmer, daß ihre Wirtschaft im Export von unserer Arbeit den größten Handelsüberschuß von im Jahr 2001 96,5 Milliarden Euro, 2002 132,8 Milliarden Euro, 2003 (erwartet) 135,0 Milliarden Euro aufzuweisen hat (aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.12.03). Und damit weit vor der USA oder Japan liegen. Eine Lohnforderung von 4 Prozent wird das nicht ändern. Es ist Lug und Trug, daß die Erhöhung von 4 Prozent unserer Löhne auch nur einen Arbeitsplatz kosten würde. Es ist die Ausbeutung selbst, die 8 Millionen Menschen in diesem Land ohne Arbeit läßt. Es gibt keinen größeren Job-Killer als den Kapitalismus selbst. Es ist die Ausbeutung, die uns erwerbslos macht und die Arbeitsplätze vernichtet. Und nicht unser Kampf um mehr Lohn!

Über unsere Lohnforderung von 4 Prozent kann nicht verhandelt werden. Wir verlangen sie eins zu eins. Wir sind nicht die Goldesel von Gesamtmetall. Dafür, daß wir und unsere Familien wenigsten 3 Euro und 60 Cent pro Tag mehr in der Tasche haben, dafür gehen wir in den Streik. Es geht kein Weg vorbei:

SOFORTIGE URABSTIMMUNG – FÜR DEN STREIK

UNSER LEBEN IST UNS KOSTBAR

DIE SKLAVEN DER KAPITALISTEN SIND WIR NICHT

TATSACHE ZWEI

Gesamtmetall verlangt, daß die Wochenarbeitszeit von 35 auf 40 Stunden erhöht wird. 5 Stunden ohne Entlohnung. Also eine Reduzierung unseres Tariflohnes von

mindesten 14,3 Prozent, wie des Wegfalls der Überstundenzuschläge. Sie will uns in das Jahr 1984 zurückbomben. Die Streikwochen in den 80er Jahren um und für die 35-Stunden-Woche für null und nichtig erklären. Und wenn damit nicht gegen uns durchzukommen ist – und davon gehen die Herren Unternehmer von Metall aus –

ZUR INFORMATION

Betriebsrat und Vertrauenskörper
Porsche AG Stuttgart

An die Bezirksleitung der IG Metall Baden-Württemberg
Herrn Jörg Hofmann

Stuttgart, den 15.01.2004

Lieber Jörg,

wir konnten in den *metallnachrichten* (Januar 2004) entnehmen, dass es in unseren eigenen Reihen Bestrebungen gibt, die jetzige Tarifrunde dafür zu nutzen, nicht nur Lohn und Gehalt zu verhandeln – sondern auch die Arbeitszeit (...) In Diskussionen vor der Tarifrunde wurde auf vielen gewerkschaftlichen Veranstaltungen immer wieder von Gewerkschaftsfunktionären aus verschiedenen Betrieben darauf hingewiesen, dass es in dieser Tarifrunde um Lohn und Gehalt geht – und es besteht auch nur ein Verhandlungsmandat für das Thema Entlohnung! Denn das Thema Arbeitszeit ist bis 2006 per Tarifvertrag geregelt – und einen laufenden Tarifvertrag kündigt man nicht! Arbeitszeit muss also in den Verhandlungen dieser Tarifrunde ein Tabu-Thema sein! Deshalb haben unsere Kolleginnen und Kollegen die Information mit Verärgerung aufgenommen, dass das Thema Arbeitszeit neben der Entlohnung in der jetzigen Tarifrunde zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden soll. Vor allem kann es nicht sein, dass eine Verhandlungskommission prüft und feststellt, ob das Thema Arbeitszeit die Tarifrunde 2004 weiterbringen kann! Es besteht unsererseits keinerlei Verständnis und keinerlei Bereitschaft für Öffnungen der bestehenden Arbeitszeitregelungen noch dafür, Arbeitszeit und Entlohnung in einer Tarifauseinandersetzung zu verhandeln.

Deshalb bestätigen wir die Position in vollem Umfang, die der Kollege Uwe Hück auf der 0V-Klausur bezüglich des Themas Arbeitszeit bezogen hat: **Lohn und Gehalt darf nicht in Verbindung mit Arbeitszeitgestaltung verhandelt werden! Hier geht es um die Glaubwürdigkeit unserer Organisation, die aufs Spiel gesetzt wird!** (...)

dann eben so, daß die Arbeitszeit noch weiter flexibilisiert wird. Erstens verlangen die Herren der Metallbetriebe die Möglichkeit je nach Auslastung in ihren Betriebsstellen Arbeitszeitstunden zwischen 35 und 40 Stunden. Die zweite Variante des sogenannten kapitalistischen Korridors soll für Betriebe in »Sondersituationen« gelten und in einem eigenen Tarifvertrag geregelt werden. Sie sieht vor, daß es für die Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden keinen Lohnausgleich gibt. Die Hartz-Gesetze der Schröderregierung gegen Millionen von Arbeitern stehen hier nicht nur Pate, sondern die Metall-Kapitalisten erweitern

mit diesem Verlangen über die staatlichen Gesetze hinaus die Willkür, daß sie ohne weitere gesetzliche Grundlage jede beliebige Gruppe von Metallarbeiter in jedem ihrer Betriebe einer Sonderbehandlung der Erpressung um Mehrarbeit, um Flexibilität der Arbeit unterwerfen. Für jeden Arbeiter einen eigenen Tarifvertrag, so hätten

es die Metall-Kapitalisten gerne. Sie wollen, daß wir vogelfrei sind und ihrer Willkür vollkommen ausgesetzt sind. Nicht mit uns. Wir sind keine Sklaven.

Es gibt kein Mandat für die Tarifkommissionen, aber auch nicht für den Kollegen Huber oder Kollegen Neugebauer, auch nicht für den Tarifbezirk Baden-Württemberg, für Verhandlungen mit Gesamtmetall zur Flexibilität bei der Arbeitszeit – in welchem Gewande sie immer daherkommt. Ausdrücklich wurden die Gewerkschaftsfunktionäre vor der Tarifrunde in den verschiedenen gewerkschaftlichen Veranstaltungen aufs Eindeutigste darauf hingewiesen, daß es in dieser Tarifrunde um Lohn und Gehalt geht. Um es klar zu sagen, das Thema Arbeitszeit ist bis 2006 per Manteltarifvertrag geregelt und die Vertrauensleute aus den Betrieben, die Gewerkschaftsmitglieder, sind nicht bereit einen bestehenden Tarifvertrag zu kündigen, das heißt: die Arbeitszeit, in welcher Form auch immer, ist tabu in dieser Tarifrunde. Martin Kannengiesser, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, der lauteste Sprecher der Metall-Kapitalisten für die Verlängerung der Arbeits-

zeit und die Zerschlagung des Manteltarifvertrages, sieht dies natürlich ganz anders. Daß aber Kollege Huber betont, auch die IG Metall wolle mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit – das ist starker Tobak für Millionen Mitglieder der IG Metall. Sie sei bereit die starre Regelung zu ersetzen, wonach nur maximal 13 % bzw. 18 % der Belegschaft 40 statt 35 Stunden pro Woche arbeiten dürfen. »Wir müssen uns hier stärker an der Struktur der Belegschaft orientieren« – so Originalton Huber. Darüber hinaus befürwortet Huber von der IG Metall einen Ausbau flexibler Arbeitskonten, wie die Lebensarbeitszeitkonten. Die Friedenspflicht

ist noch keine zwei Wochen zu Ende, zwei Wochen stehen wir im Kampf und schon am Freitag, 30. Januar, als wir von der Arbeit kamen und den Fernseher anmachten, hörten wir, daß einzelne unserer Funktionäre öffentlich den Metall-Kapitalisten und der Bevölkerung erklärten, sie seien zu vielem bereit, was auf die Knochen der Arbeiter geht. Die Arbeitszeit der Metall-Kollegen steht zur Disposition. Das ist es und nichts anderes, was einzelne IG Metall-Funktionäre denen signalisieren, die uns 40 Stunden lang arbeiten lassen wollen und davon 5 Stunden ohne Lohn. Wir warnen. Wir haben den Streikbruch an unseren Metallkollegen in der ehemaligen DDR im Jahr 2003 dem Vorstand nicht vergessen. Der Gewerkschaftstag und die dort beschlossenen Anträge liegen noch kein halbes Jahr zurück – auch das sollten die Funktionäre der IG Metall nicht auf die leichte Schulter nehmen. Daß der Wille der Mitgliedschaft nicht nur respektiert wird, sondern in ihrem Sinne der Kampf von der gesamten IG Metall für alle Metallkollegen geführt wird. Es ist Tatsache, daß jetzt schon die Großkonzerne wie Telekom, die Bahn, Siemens, VW, DaimlerChrysler, Continental, Stihl, die Commerzbank und andere eigene betriebliche Leiharbeiterfirmen gegründet haben (oder dabei sind). Wodurch Teile der Stammebelegschaft verschoben werden, von einem Betriebsstandort zum anderen. Wodurch Teile der Stammebelegschaft den Schutz des Flächentarifvertrages verlieren. Und dies mit Zustimmung von Vertretern der IG Metall – was also die Monopolisten der Autokonzerne nicht alleine bewerkstelligen können, Teilen ihrer Belegschaft »Leiharbeiter«-Tarife aufzuzwingen – den Flächentarif dadurch angreifen, den Lohn senken und den Manteltarif zum Schweizer Käse erklären (in der Flexibilisierung der Arbeitszeit). Das muß aufgehoben werden und so kann es nicht weitergehen. Die Gewerkschaftsführung hat kein Mandat von uns erhalten, in Arbeitszeitfragen in dieser Tarifrunde mit den Metall-Kapitalisten zu verhandeln. Wir sind keine Sklaven. Und weil wir dies nicht sind, verlangen wir die sofortige Urabstimmung. Schluß mit den Vorverhandlungen. Wir geben nicht preis, was wir tariflich gesichert haben. Der Streik wird uns obsiegen lassen über die Metall-»Unternehmer« und wird unsere gewerkschaftliche Organisation stark machen.

Ohne Streik wird es diesmal nicht gehen. Fünf Finger bricht man, aber nicht die Faust. Das ist eine alte Regel unserer Klasse.

Aktionstage in Europa

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Der DGB fordert uns auf, am 2. und 3. April in den Städten Berlin, Köln und Kehl (an der deutsch-französischen Grenze) im Verbund mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) unter der Losung »Unser Europa – frei, gleich und gerecht« Protestaktionen durchzuführen. Daß die Völker der 25 EU-Staaten, daß die darin lebende Arbeiterklasse kein Recht und keine Gleichheit kennen, das ist gewiß und eine Tatsache. Es ist insbesondere unser Hauptfeind, die deutsche Monopolbourgeoisie, die Schröder-Regierung, die aus dem Europa ein soziales und militärisches Schlachtfeld macht unter ihrem Motto: »Unser Europa. Die Grenzen sind frei. Wir sind gleich da und werden die Beute gerecht unter uns aufteilen.«

Die Mehrheit der Arbeiterklassen in den europäischen Ländern kämpfen längst national gegen die Zerschlagung in früheren Kämpfen selbst errungener sozialer Leistungen, gegen Militarisierung und Krieg.

Nicht wenige Gewerkschaften des Europäischen Gewerkschaftsbunds sind deshalb längst den Protesttagen entwachsen, denn nicht nur der österreichische Gewerkschaftsbund, nicht nur italienische Gewerkschaften, nicht nur die PAME Griechenlands haben im ganzen Jahr 2003 ihre Gewerkschaftsmitglieder in erfolgreiche Generalstreiks geführt. Worin diese Gewerkschaften gezeigt haben: Hier und nicht weiter. Ihr kommt nicht durch. Die Zerschlagung der Rentenkassen, des Gesundheitswesens, die Zerschlagung der Arbeiterschutzrechte etc. ist mit diesen Gewerkschaften nicht zu machen. Der Generalstreik ist längst wieder ein europäisches Kampfmittel, das Erfolge aufzuweisen hat.

Und wie steht es bei uns? Protesttage ja. Aber wofür haben sie zu dienen? Die Regierung hat im Januar 2003 und am 1. Januar 2004 Gesetze gegen uns erlassen, die Hartz-Gesetze I, II, III und IV, Gesetze zum Eintritt des Rentenalters, Gesetze zur Gesundheit, die krank machen. Dafür hat die Regierung Hunderte von Gesetzen aufgehoben und an ihre Stelle schändliche, dem Volk und den Arbeiterfamilien schadende Gesetze durchgesetzt. Wer so viele Gesetze aufhebt, um arbeiterfeindliche Gesetze an ihre Stelle zu setzen, der wird dann auch die arbeiterfeindlichen Gesetze wieder aufheben müssen, wenn der DGB und seine Einzelgewerkschaften den Kampf gegen die Hartz-Gesetze I-IV, gegen die Zer-

schlagung des Gesundheitswesens, gegen ein Renteneintrittsalter, wo die Mehrheit von uns schon tot ist, nicht als erledigt betrachtet, sondern endlich führt. Wer Gesetze erläßt und sich ermächtigt, Krieg zu führen bis zum Hindukusch, dem muß der DGB entgegentreten, auch auf solchen Aktionstagen im europäischen Verband. Wir rufen die Mitglieder der Gewerkschaften auf, so und nicht anders die Aktionstage in Köln, Berlin und Kehl am 2. und 3. April zu begehen. Das hilft uns und das hilft den Arbeitern in Europa.

Darüber heißt es im Gewerkschaftsauf-ruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes, der vom DGB mit ausgearbeitet wurde: »Der EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) unterstützt eine neue Verfassung in Europa und bedauert die »Unfähigkeit der Regierungen, sich auf der Grundlage des Konvents zur Zukunft Europas zu einigen.« Und er fordert uns weiter auf, die kommenden Europa-Wahlen dadurch mit zu unterstützen.

Weiß der DGB, was der Inhalt des Entwurfes einer europäischen Verfassung ist? Der Verfassungsentwurf hat 260 Seiten und verletzt jede republikanische Verfassung, die zum Inhalt hat, Schutzrechte den Bürgern zu gewähren gegenüber den Übergriffen der herrschenden Klasse und der Despotie ihrer jeweiligen Regierung. Die sogenannte europäische Verfassung zerschlägt die nationalen Schutzrechte, die in den einzelnen Verfassungen der Nationalstaaten verankert sind, auch Artikel des Grundgesetzes. Zum Beispiel der Artikel zur Unversehrtheit der Person: Entweder hat der DGB den jüngsten Entwurf einer europäischen Verfassung, die zu recht von Polen und Spanien gegen Deutschland und Frankreich abgelehnt wurde, nicht gelesen und zur Kenntnis genommen, was höchst fahrlässig wäre, oder aber er kennt den Inhalt und verschweigt ihn vor der Arbeiterbewegung unseres Landes und insbesondere den über 8 Millionen gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern in unserem Lande.

Wußtest du, was in dem Entwurf der EU-Verfassung steht?

»Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern (Art. 1-40, Abs. 3).« Dazu gehört z. B. »Missionen, die von Aufgaben der

militärischen Beratung und Unterstützung von Kampfeinsätzen im Rahmen der Kriegsbewältigung gehen können.« (Art. 3-195) D.h. der Kriegseinsatz wird in der Verfassung festgeschrieben, wozu jeder EU-Vertragsstaat gezwungen werden kann. Dies ist keine Verfassung, sondern ein Militärdiktat gegenüber souveränen Staaten Europas. Militärinterventionen, Kriegswaffenlieferungen auf Hoheitsgebiete von Drittstaaten, wie kriegerische Auseinandersetzungen gegenüber Drittstaaten, das ist der Inhalt der Artikel 3-210. Wird in Europa dieses Militärdiktat im Gewande einer europäischen Verfassung angenommen, würde dies heißen, daß jeder Staat auch dann solche Missionen des Krieges eingehen müßte, der den Frieden mit seinen Nachbarn, den sogenannten Drittstaaten, unbedingt bewahren möchte. Mit wem führt die Bourgeoisie Krieg? Mit dir, Arbeiter, denn du bist Teil solch einer Armee und solch eines Kriegseinsatzes. Und was bedeutet es darüber hinaus? Die Eigenständigkeit der europäischen Staaten, ihre ureigenste Souveränität wird dadurch aufgehoben. Millionen Menschen in Europa droht durch solche Verfassungsartikel in Zukunft wieder Krieg.

Will dafür uns der DGB gewinnen? Natürlich nicht. Aber statt die Realität zur Kenntnis zu nehmen, träumt er von Frieden, Gleichheit und Brüderlichkeit. Es ist aber diese Realität, die uns den Kampf aufzwingt gegen dieses Militärdiktat im Gewand einer Verfassung.

**Wußtest du,
was in dem Entwurf der EU-Fassung
steht?**

»Unterstützung von Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet« (Art. 3-210).

Unter Terrorismus fällt die Niederschlagung von Kämpfen der Arbeiter und Befreiungsaufständen der Völker der Welt. Unter Terrorismus fallen ganze Staaten, wie z. B. das sozialistische Kuba oder die KDVR Korea, d. h. Staaten, wo die Arbeiterklasse die Ausbeuter verjagte und die Volksherrschaft aufrichtete. Völker wie das kubanische, das seit 1959 nicht nur bei sich selbst, sondern gegenüber anderen Völkern alles dafür getan hat, daß die Befreiung, die Herrschaft des Volkes und der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie nicht noch einmal niedergedrungen werden kann. Die jedem

Krieg des US-Imperialismus standhielten und ebenso der Unterminierung des deutschen Imperialismus bis zur Stunde.

Und weil es mit der Demokratie in Europa nicht weit her ist, können laut Entwurf der Verfassung eben diese Kriegseinsätze gegen Völker und Arbeiterklassen entschieden werden durch Kanzler und Minister. »Über militärische Einsätze entscheidet der Ministerrat« (Art. 40 Abs. 4).

Die Gewerkschaften sind Arbeiterorganisationen. Und weil sie das sind, müssen sie entschieden gegen solch ein Militärdiktat im Gewand einer EU-Verfassung eintreten, das den Krieg in Europa vorbereitet und in der ganzen Welt.

**Wußtest du,
was in dem Entwurf der EU-Verfassung
steht?**

Die sogenannte EU-Verfassung, die also 25 Staaten zu ihrer übergeordneten und gemeinsamen Verfassung anzunehmen gewillt sein sollen, wird nicht den nationalen Parlamenten zur Vorlage gegeben, um wenigsten den Schein einer republikanischen oder demokratischen Legitimation zu bekommen. Stattdessen werden die nationalen Parlamente außer Kraft gesetzt, so auch der Bundestag, und an ihre Stelle treten die jeweiligen Regierungen der Länder und ihre Regierungschefs.

Das Vertragsdiktat des Entwurfs der europäischen Verfassung stellt ausdrücklich in mehreren Artikeln klar, daß das europäische Parlament nichts, aber auch gar nichts zu sagen hat. Bestenfalls wird es erwähnt in der »Verfassung« in der Form, daß es »angehört« und »auf dem Laufenden gehalten« wird. Das heißt, das europäische Parlament erhält keine Gesetzeskraft, ist keine Exekutive, wie z. B. der Bundestag. Die Europa-Abgeordneten, die wir im Jahr 2004 neu wählen sollen, haben nicht die geringsten Rechte. Sie werden nur ange-

hört, wenn dieser Entwurf einer europäischen Verfassung Wirklichkeit werden sollte. Wer hat bei dieser »EU-Verfassung« die Feder geführt? Nach außen hin wird gesagt: Frankreich. Tatsächlich ist es die Schröder-Regierung und insbesondere unser Außenminister Fischer, und das hinter ihm stehende deutsche Kapital, das diesen Verfassungsentwurf niedergelegt hat. Denn wer die militärischen Richtlinien des Kriegsministers Struck zur Kenntnis genommen hat, wird feststellen, daß die Mehrheit der Artikel des Militärdiktates wortgleich sind eben gerade mit der neuen Militärdoktrin der Bundesrepublik.

Das, Kollegen, solltet ihr wissen, daß es unser eigener Hauptfeind ist, der unser Volk und die Völker Europas mit dem Diktat einer Verfassung zum erneuten Kriegsschauplatz erklärt. Ohne Polen, ohne Spanien, hätten wir diese Verfassung schon. Ohne daß sie im Volk erörtert wurde, geschweige im Bundestag. Das heißt, es wird uns nicht immer Polen oder Spanien retten, sondern es ist unsere ur-eigenste Aufgabe, den Kampf zu begin-

nen. Die Großdemonstrationen des DGB am 2. und 3. April sind dafür geeignet, daß der DGB selbst gegen die Verfassung als Militärdiktat für Europa Stellung nimmt, daß er über die Tat-

sachen, über die Verfassungsartikel all diejenigen aufklärt, die an diesen Aktionen teilnehmen. Und daß wir durch Transparente unsere Haltung klarmachen. Wir kämpfen für den Frieden in Europa. Wir kämpfen gegen unseren eigenen Kriegstreiber, den eigenen Hauptfeind. Wir kämpfen aber auch dagegen, daß er die Arbeiterklassen und die Völker Europas grund seiner ökonomischen und militärischen Stärke knebeln möchte und ihnen ein Diktat aufbürdet. Wenn wir dies tun, leisten wir einen Beitrag der Solidarität und der Brüderlichkeit mit den Gewerkschaften ganz Europas. kAber nur dann.

